

Stadtrat Platz 2: Julia Focks

31 Jahre, ein Sohn

M.A. Politik-, Medien- und Kommunikationswissenschaften
Mitarbeiterin der Europaabgeordneten Sabine Lösing
Mitglied bei ver.di und diversen Trägervereinen

(Kultureinrichtungen, Kindergarten, Schule)

Warum kandidieren Sie für den Stadtrat?

Der sicherste Weg, wenn man Dinge beeinflussen möchte, ist, sich selbst darum zu kümmern.

Was wäre denn wie zu beeinflussen?

Eine meiner persönlichen Herzensangelegenheiten sind die benachteiligten Kinder dieser Stadt, für die deutlich mehr

getan werden muss. Eine Gesellschaft hat es sehr wohl in der Hand, ob sie Schulabbrecher oder Facharbeiter hervorbringt. Gerade Familien in sozialer Not mit mangelnden Bildungschancen benötigen Unterstützung. Hier gilt es, den Teufelskreis mit intensiven Begleitprogrammen für Eltern wie Kinder zu durchbrechen, damit diese Kinder die Chance auf ein besseres Leben bekommen.

Das klingt teuer.

Sicher. Die sozialen Probleme von morgen werden aber erheblich teurer sein, wenn wir nicht endlich anfangen in die Zukunft zu investieren. Außerdem gibt es mehr als genug Geld im Land – es ist nur verdammt ungerecht verteilt. Das wäre, u.a., mit einer anderen Steuerpolitik und klügerem Ausgeben zu lösen: Mir hat sich z.B. immer noch nicht erschlossen, was schlechter wäre, wenn wir nicht Milliarden für sinnlose Kriege verschleudern würden.

Und wie wollen Sie das kommunalpolitisch lösen?

Natürlich sind die Kommunen die Leidtragenden einer verfehlten Politik auf Bundesebene. Die Schuld aber einfach nach Berlin oder Brüssel zu schieben, wie es KommunalpolitikerInnen gerne tun, zieht nicht: Die Verantwortung liegt auch hier vor Ort – ein Beispiel ist die Entscheidung über das unmoralische Entschuldungsangebot des Landes, welches unter anderem die Schließung eines Schwimmbades, des Jungen Theaters und eines Jugendzentrums zur Folge hätte.

Liebe Göttinger Bürgerinnen und Bürger!

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken treten an für eine l(i)ebenswerte Stadt, in der sich möglichst alle Einwohnerinnen und Einwohner wohlfühlen. Für eine Stadt, in der alle am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können – unabhängig von Geldbeutel und gesellschaftlichem Status. Für eine Stadt, in der kulturelle und soziale Initiativen in ihrer Vielfalt erhalten bleiben, gefördert und gegebenenfalls ausgebaut werden.

Unsere Ziele:

- ▶ Für die Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge!
- ▶ Für Integrierte Gesamtschulen (IGS) statt Oberschulen!
- ▶ Für regionale Wirtschaftskreisläufe!
- ▶ Gegen das Kaputtsparen der Kommunen!
- ▶ Gegen Kinderarmut!
- ▶ Gegen eine Regionsbildung!

In der Innenstadt und auf dem Leineberg setzen wir uns insbesondere ein für ...

- ▶ ... den Erhalt des Jungen Theaters als Bestandteil eines vielfältigen Kulturangebotes
- ▶ ... die weitere Förderung des Jugendzentrums Innenstadt
- ▶ ... eine intakte Feldflur als Spiel-, Wander- und Naherholungsgebiet des Leinebergs ohne Güterverkehrszentrum!
- ▶ ... die Bestandssicherung des Bürgerzentrums Leineberg
- ▶ ... den besseren Schutz vor der Feinstaubbelastung,

Deshalb bitten wir Sie, uns „den Rücken zu stärken“, indem Sie am 11. September den Kandidatinnen und Kandidaten der Göttinger Linken und der LINKEN Ihre Stimme geben.

Weil wir die Einzigen im Rat sind, die sich gegen die einseitigen Sparpläne zu Lasten kleiner, engagierter sozialer und kultureller Initiativen wehren. Und weil wir gegen eine Mehrheit von SPD, Grünen und FDP, das millionenschwere, ökologisch bedenkliche Güterverkehrszentrum Siekanger ablehnen.

Für eine sozial gerechte, bürgernahe und transparente Kommunalpolitik!

www.dielinke-goettingen.de • www.goe-linke.de

Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel

Für eine sozial gerechte, bürgernahe und transparente Kommunalpolitik

Wähler_innengemeinschaft
Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

DIE LINKE.

Wahlkreis 5:
Innenstadt/Leineberg

Kreistag Platz 1: Dr. Eckhard Fascher

49 Jahre, verheiratet, eine Tochter

Dipl. Sozialwissenschaftler,

wissenschaftlicher Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Niedersachsen, Erfahrungen in der Entwicklungshilfe und der politischen Bildung.

Seit 2006 Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Kreistag.



Im Kreistag überfällt mich regelmäßig das Grauen: Von Seiten des Landes und Bundes ist immer weniger Geld da, Kreise und Gemeinde werden systematisch kaputtgespart. Das Geld fehlt für die Pflichtaufgaben und erst Recht für das kulturelle Leben oder wichtige soziale Einrichtungen. Die kommunale Selbstverwaltung wird zur Farce. CDU, SPD und Grüne überbieten sich gegenseitig mit Sparmaßnahmen und weiterem Stellenabbau.

Gipfelpunkt einer solchen „Effektivität“ ist die geplante Bildung einer neuen „Region. Göttingen“ anstelle der Kreise Göttingen, Northeim und Osterode – also ein völlig unüberschaubares Gebilde, das flächenmäßig anderthalb mal größer ist als das Saarland! So wird die Kontrolle einer ohnehin übermächtigen Verwaltung durch ehrenamtliche Kommunalpolitiker oder ein Mitwirken kritischer Bürger fast unmöglich sein. Die Einnahmen werden dadurch nicht erhöht.

Das Kaputtsparen muss aufhören. Ich trete ein für

- ▶ dezentrale Strukturen,
- ▶ einen starken öffentlichen Sektor,
- ▶ starke Kommunen,
- ▶ einen starken Landkreis.

Städte und Kreise brauchen mehr Geld, um endlich Politik im Sinne der Bürger machen zu können!



Kreistag Platz 2: Christoph Filler

38 Jahre, verheiratet

Jurist, Ökonom, Sozialwissenschaftler. Seit vielen Jahren amtlich und ehrenamtlich aktiv in sozialen Einrichtungen der Obdachlosen-, Straffälligen- und Opferhilfe und im Bereich ambulanter Betreuungen seelisch behinderter Menschen. Vorsitzender des Fd Straßensozialarbeit e.V., Mitgründer Hilfe in Krisen e.V. und Perspektiven e.V.



Kernforderung politischen Handelns muss die Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe aller sein.

Davon abgeleitet bedarf es der Chancengleichheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aller Bevölkerungsgruppen. Frühförderung in Form kostenloser Kindergartenplätze inklusiv Verpflegung, Lehrmittelfreiheit, kostenlose Beförderung, Stärkung der integrierten Gesamtschulen und ausreichend geförderte Ausbildungs- und

Studienangebote ohne Gebühren.

Wesentliches Ziel ist die Umverteilung zur Bekämpfung von Armut, kostenlose, gleichberechtigte medizinische Versorgung und ausreichend bezahlte Arbeit für alle, statt „Hartz IV“.

Ein respektvoller Umgang mit Mitmenschen verbietet soziale Diskriminierung aufgrund Geschlechts, Alters, Ethnie und sozialer Gruppe.

Wir brauchen den ökologischen Umbau und eine Stärkung der regionalen Strukturen. Eine Energie-, (Land)Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung, die sich an menschlichen und nicht ökonomischen Interessen orientiert.

Dazu bedarf es der Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge, eines solidarischen Miteinander, generationsübergreifend, unter Bereitstellung der für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendigen Güter und Leistungen. Dazu gehört auch ein vielfältiges, kulturelles und soziales Angebot, welches nicht kaputtgespart werden darf.

Stadtrat Platz 1: Gerd Nier

64 Jahre, verheiratet, zwei erwachsene Kinder,

über 30 Jahre als Berufsschullehrer in der Ausbildung von ErzieherInnen tätig, seit 2010 im Ruhestand

Mitgliedschaften: ver.di, Deutscher Kinderschutzbund, Arbeiterwohlfahrt, Naturfreunde, VVN/BdA



Neben den lokalen Themen für die Innenstadt und den Leineberg möchte ich mich im Rat der Stadt Göttingen insbesondere auf die Sicherung der kommunalen Daseinsfürsorge konzentrieren.

▶ Für eine Rekommunalisierung des Stromnetzes als Bestandteil eines regionalen Energiekonzeptes in kommunaler Verantwortung!

▶ Wasser- und Abfall-

wirtschaft gehören in die Hand der Stadt, damit die Gebührengestaltung wieder beim Rat liegt!

▶ Das Fahrrad- und Fußgängeretz muss weiter ausgebaut, die Busverbindungen müssen optimiert und die Buspreise gesenkt werden. Es gilt der klare Vorrang öffentlicher Verkehrsmittel gegenüber dem Autoverkehr.

Ich werde mich gegen eine weitere unbedachte Zersiedelung der Stadt einsetzen. Der ressourcenschonende Umgang mit Grünflächen, Ackerland und Naherholungsgebieten ist ein Gebot der Stunde. Gewerbeansiedlungen um jeden Preis und der ruinöse Wettbewerb um Investoren zwischen den Gemeinden darf nicht mehr als Maxime für Weiterentwicklung und Fortschritt gelten.

Eine Mitwirkung im Bau- und Planungsausschuss, im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss und gegebenenfalls auch im Umweltausschuss könnte ich mir gut vorstellen.

